

Streichen bei den Reichen, statt sparen bei den Armen!

Am 28. Februar '97 wurde der neue Berliner Haushalt beschlossen. CDU und SPD haben einen Haushalt verabschiedet, der ausschließlich im Interesse der Unternehmer ist. Wir ArbeitnehmerInnen sollen den Gürtel weiter enger schnallen. Dabei sind wir längst am letzten Gürtelloch angelangt. In den nächsten Wochen sollen Bewag und Gasag privatisiert werden. Bis 1999 werden 19.000 Stellen im Öffentlichen Dienst gestrichen. Die Bezirke mußten innerhalb von zwei Jahren eine Kürzung ihrer Etats von 13,7 auf 9 Milliarden Mark verkraften.

Nötig ist jetzt, daß sich alle Betroffene - ob ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen oder Studierende - zusammenschließen, um die Umsetzung der beschlossenen Kürzungen und Privatisierungsmaßnahmen zu verhindern. Die SAV tritt dafür ein, daß ötv, GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften einen eintägigen Generalstreik dagegen organisieren.

Dafür kämpft die SAV:

Rücknahme aller Kürzungen

- ⇒ Stopp aller Privatisierungspläne des Senats
- ⇒ Erhalt aller Arbeitsplätze
- ⇒ Schluß mit den kommunalen Kürzungen

Für eine Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten

- ⇒ Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ⇒ Schaffung von 10.000 Ausbildungsplätzen im Öffentlichen Dienst.
Unbefristete Übernahme aller Azubis
- ⇒ Schaffung von 200.000 Wohnungen durch Neubau und Sanierung
- ⇒ Nulltarif im Öffentlichen Nahverkehr
- ⇒ Für ein staatliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Gesundheit, Bildung und Umweltschutz
- ⇒ Weg mit allen ausländerfeindlichen Gesetzen. Gegen jede Abschiebung von AusländerInnen
- ⇒ Keine Kriminalisierung von DemonstrantInnen und Streikenden

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen

- ⇒ Stopp von Großflughafen, Tiergartentunnel und allen Prestigeprojekten

- ⇒ Drastische Erhöhung der Gewerbesteuer
- ⇒ Kommunalisierung von Grund und Boden
- ⇒ Enteignung der Spekulanten
- ⇒ Verstaatlichung der Banken (Damit würde ein Großteil der Zinszahlungen für öffentlichen Schulden wegfallen)

Gegenwehr organisieren

- ⇒ Für einen eintägigen Generalstreik in Berlin, organisiert von ötv, GEW und den anderen DGB-Gewerkschaften
- ⇒ Sturz der Großen Koalition
- ⇒ Für bedarfsgerechte Haushalte in den Bezirken und in der Stadt Berlin
- ⇒ Gemeinsamer Kampf der Kommunen gegen die Kohlregierung

Für eine sozialistische Alternative

- ⇒ Demokratische Kontrolle aller verstaatlichten Betriebe durch jederzeit wähl- und abwählbare VertreterInnen aus Betrieb und Gewerkschaft
- ⇒ Keine Privilegien für Funktionäre. Für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- ⇒ Für eine demokratische Planwirtschaft